Stadt Zürich
Gemeinderat

Stadt Zürich
Gemeinderat
Parlamentsdienste
Stadthausquai 17
Postfach, 8022 Zürich

T +41 44 412 31 10
gemeinderat@zuerich.ch
gemeinderat-zuerich.ch

Auszug aus dem substanziellen Protokoll
15. Ratssitzung vom 16. September 2026

660. 2026/149
Weisung vom 08.04.2026:
Sozialdepartement, Verein Jugendwohnnetz (Juwo), Sozialberatung, Beiträge 2027–2030

Antrag des Stadtrats

1. Für das Angebot Sozialberatung wird dem Verein Jugendwohnnetz Juwo für die Jahre 2027–2030 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 225 900.– bewilligt.
2. Der Beitrag von Fr. 225 900.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung Dispositivziffern 1–2:

Moritz Bögli (AL): *Das Jugendwohnnetz (Juwo) ist der grösste Anbieter von günstigem Wohnraum für junge Menschen in Ausbildung und mit tiefem Einkommen in dieser Stadt. Die Angebote der Juwo sind für diese Gruppe essenziell, weil der kommerzielle Wohnungsmarkt für viele Juwo-Mietende nicht zugänglich ist. Um die Vermittlung und Vermietung dieser momentan fast 5000 Wohnplätze geht es in dieser Vorlage aber nur indirekt. In dieser Vorlage geht es vielmehr um die Sozialberatung, welche die Juwo für ihre Mietenden anbietet. Die Mietenden der Juwo sind jung, zum Teil sehr jung. Für viele ist es die erste eigene Wohnung nach dem Elternhaus. Es geht in dieser Beratung deshalb oft um Themen wie das Zusammenleben in einer Wohngemeinschaft oder den Umgang mit der Nachbarschaft im selben Haus oder nebenan. Es geht aber auch darum, die jungen Menschen in ihrer Selbstkompetenz, in der Ausbildung, bei der Arbeit sowie bei Budget- und Schuldenfragen zu beraten. Das Angebot und auch die grundsätzliche städtische Unterstützung, die es schon sehr lange gibt, ist seit Jahren unbestritten. Bei der letzten Beitragsperiode wurde das Geschäft sogar einstimmig vom Rat angenommen, und ich glaube, ich stelle auch die Position der Kommission richtig dar, wenn ich sage, dass der Grundsatz auch weiterhin unbestritten ist. Heute wird die Abstimmung aber nicht mehr einstimmig ausfallen, und das hat vor allem mit unserem Änderungsantrag zu tun, den ich Ihnen nun vorstellen darf. Es wird allerdings alles ein bisschen technisch. Die Juwo ist in den letzten Jahren markant gewachsen. Sie kann immer mehr Wohnungen anbieten. Das ist auch eine Konsequenz der anhaltenden*

Gentrifizierung. Die Wohnungen sind grösstenteils Zwischennutzungen vor Sanierungen oder Abriss. Die Anzahl Beratungsgespräche korreliert klar mit der Anzahl Wohnplätze, welche die Juwo vermieten kann. Im Jahr 2022, als wir die Beiträge das letzte Mal beraten haben, hat der Stadtrat 2700 finanzierte Beratungsstunden vorgeschlagen. Die effektive Anzahl Beratungsstunden lag damals am Schluss auch sehr nahe daran, mit weniger als 250 Stunden mehr. Wichtig ist dabei zu verstehen: Die Gelder, über die wir heute sprechen, sind wie damals leistungsabhängig. Es wird also nur dann ausbezahlt, wenn die Beratungen effektiv stattgefunden haben – es ist also eher als Kostendach zu verstehen. Auch in dieser Weisung hat der Stadtrat wieder 2700 Beratungsstunden als Berechnungsgrundlage für den Beitrag verwendet, was zu den knapp 226 000 beantragten Franken des Stadtrats führt. Nun ist es aber so, dass die Juwo im Jahr 2025 – und das ist das einzige Jahr, für das wir aktuell vollständige Zahlen haben – fast 4000 Beratungsstunden angeboten hat. Für die nächsten vier Jahre prognostiziert sie erneut 3700 bis 3800 Beratungsstunden pro Jahr – also markant mehr, als der Stadtrat mitfinanzieren würde. Das liegt daran, dass die Anzahl Wohnungen, beziehungsweise Wohnplätze gestiegen ist. Die Anzahl Beratungen wird also markant höher ausfallen, als der Stadtrat veranschlagt hat. Das bedeutet konkret, dass der Kostendeckungsgrad der Juwo in den letzten Jahren markant gesunken ist. Das heisst, sie müssen immer mehr der Beratungen selbst finanzieren. Das Problem dabei ist: Aus der Kostenmiete, die die Juwo ihren Mietenden verrechnet, darf sie die Beratung nicht finanzieren. Weitere Einnahmequellen kennt die Juwo praktisch keine. Das heisst, es muss grösstenteils aus der Reserve finanziert werden. Gleichzeitig müsste die Stadt mit dem neu beschlossenen Jugendwohnkredit die Juwo eigentlich ermutigen, auch Liegenschaften im eigenen Besitz zu erwerben oder bestehende weiterzuentwickeln, um dauerhaften Wohnraum zu schaffen, der nicht von Zwischennutzungen und Bauprojekten Dritter abhängig ist. Wenn wir das laufende Geschäft über die nächsten Jahre über die Reserve finanzieren, wird dieser Auftrag – den auch die Stimmbevölkerung der Stadt erteilt hat – zunehmend schwieriger umzusetzen. Das, würde ich sagen, erkennt auch die grosse Mehrheit der Kommission. Der vorliegende Änderungsvorschlag wurde ursprünglich von der FDP eingebracht. Wir werden sicher noch hören, weshalb sie ihn nun ablehnt. Der Vorschlag erhöht den Sollstellenwert auf 3700 Stunden beziehungsweise d Franken pro Jahr. Damit versucht die Kommission, den städtischen Beitrag wieder so zu gestalten, wie er lange Zeit war, nämlich grösstenteils kostendeckend – mit dem Hintergedanken, dass die Bauprojekte, welche die Juwo realisieren soll, nicht darunter leiden sollen, dass sie auch die Sozialberatung leistet. Denn aus unserer Sicht ist klar: Die Sozialberatung ist enorm wichtig. Sie bietet den Mietenden einen riesigen Mehrwert, und wir wollen nicht, dass das eine gegen das andere ausgespielt wird.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung Dispositivziffern 1–2:

Ariane Buchli (FDP): *Die Juwo leistet seit über vierzig Jahren wertvolle Arbeit, die von der FDP-Fraktion geschätzt wird. Ohne die Erhöhung hätten wir dieser Vorlage zugestimmt. Mit der Erhöhung lehnen wir ab. Kernaufgabe der Juwo ist und bleibt die Ver-*

mittlung von günstigem Wohnraum an Jugendliche und junge Erwachsene in Ausbildung. Die Sozialberatung ist ein ergänzendes Angebot des Vereins an seine eigene Mieterschaft und keine städtische Pflichtaufgabe. Die Zusatzleistung haben wir bisher immer im bewährten Umfang mitfinanziert und hätten sie auch weiterhin mitfinanziert, aber eben im bewährten Umfang und nicht in einem aufgestockten. Das Angebot der Sozialberatung der Juwo richtet sich naturgemäss an eine sehr spezifische Zielgruppe, nämlich die Juwo-Mieterschaft. Diesen Jugendlichen und jungen Erwachsenen stehen aber auch diverse andere etablierte städtische und private Angebote offen, die sie nutzen können. Zum Beispiel die verschiedenen Angebote für Konflikt- und Suchtberatung für Jugendliche und junge Erwachsene der Stadt Zürich, aber auch gerade die Schuldenberatung, die kürzlich hier im Gemeinderat diskutiert wurde. Die Strukturen existieren schon, und sie funktionieren. Anstatt, wie von den Linken gefordert, die Sozialberatung für eine sehr spezifische Zielgruppe der Juwo-Mieterschaft auszubauen – notabene, ohne dass die Juwo dies selbst verlangt hat –, sollten die bereits bestehenden Strukturen gezielter genutzt werden. Darum lehnt die FDP-Fraktion die Weisung ab.

Weitere Wortmeldungen:

Karin Stepinski (Die Mitte): *Die Juwo macht wichtige und gute Arbeit, und wir sind froh, dass es sie gibt. Auch ist klar – Ariane Buchli (FDP) hat es vor mir bereits gesagt: Wir von der Die Mitte hätten die Weisung, so wie sie der Stadtrat vorgelegt hat, sehr gerne mitgetragen und dafür gestimmt. Was wir aber nicht ganz verstehen – Moritz Bögli (AL), auch nach deinem Votum nicht – ist, weshalb der Gemeinderat jetzt von sich aus mehr Geld sprechen soll, obwohl die Juwo gar nicht nach einer höheren Finanzierung verlangt hat. Wir haben in der Stadt Zürich ein absolut professionelles Kontraktmanagement. Die Stadt steht im regelmässigen Austausch mit den Kontraktnehmenden, kennt deren Situation und hat ein Vertrauensverhältnis zu diesen Leuten. Wenn die Juwo also zum Schluss kommt, dass der Beitrag zu tief ist, weil sie mehr Leistungen erbringt, als sie finanzieren kann, dann soll sie das doch gegenüber der Stadt adressieren. Es gibt keinen Grund zur Annahme, dass dies der Juwo negativ ausgelegt werden würde, wenn sie eine höhere Finanzierung anfragen würde. Darum irritiert uns der Antrag der AL im Kern. Er sagt nämlich Folgendes: Wir, die AL, beziehungsweise wir, die Mehrheit der Kommission, vertrauen weder dem Kontraktnehmer, dass er seinen Bedarf selbst benennen kann, noch dem Kontraktmanagement der Stadt, dass es seinen Job richtig macht. Wir vertrauen beiden Partnern. Es ist nicht Aufgabe des Gemeinderats, auf Verdacht Beiträge zu erhöhen und so noch mehr Steuergeld auszugeben. Die Die Mitte lehnt darum den Antrag ab, wird sich aber in der Schlussabstimmung enthalten – und zwar ganz klar als Zeichen dafür, dass die Juwo eine grossartige Sache macht.*

Fanny de Weck (SP): *Wir von der SP unterstützen selbstverständlich die Weisung sowie auch die Erhöhung, wie sie von der AL vorgeschlagen wurde. Moritz Bögli (AL) hat das sehr klar erklärt. Es ist auch leistungsbezogen, und insofern bin ich etwas erstaunt über die Die Mitte. Es sollte nicht darum gehen, wie das Prozedere abläuft, sondern ob es für die Sache sinnvoll ist. Und ich finde, der Antrag hat das ganz klar gezeigt. Und was das Vertrauen oder Nicht-Vertrauen betrifft: Nicht umsonst kommen die Weisungen*

zu uns in die Kommission. Wenn wir dort gar nichts mehr zu sagen hätten, müssten sie gar nicht erst bei uns vorbeikommen. Insofern stimmt die SP diesem Antrag klar zu.

Julia Hofstetter (Grüne): *Die Grünen schliessen sich der AL und der SP an. Moritz Bögli (AL) hat angekündigt, dass die FDP vielleicht erklärt, weshalb sie zuerst einen Antrag gestellt und diesen dann doch wieder zurückgezogen hat. Ich glaube, wir hätten alle Freude gehabt, wenn die FDP einmal gestaltend politisiert hätte. Es bleibt weiterhin ein Geheimnis, weshalb sie ihn zurückgezogen hat. Wir sind sehr für die Sozialberatung und für die Erhöhung. Es ist auch kein Vertrauensmissbrauch, wie die Die Mitte gesagt hat. Wir vertrauen auf die Prognose, welche die Juwo erstellt hat, und die Prognosen sagen eindeutig, dass der Bedarf steigen wird. Wir möchten gerne das Kostendach sprechen, und wenn die Leistungen benötigt werden, sollen sie auch genutzt werden.*

Michele Romagnolo (SVP): *Der Änderungsantrag verlangt, dass der jährliche Beitrag der Juwo von 225 900 auf 309 500 Franken und der Sollwert von 2700 auf 3700 Beratungsstunden erhöht wird. Für uns ist das der falsche Ansatz. Nur weil die Beratungsstunden höher sind als der bisherige Sollwert, heisst das nicht automatisch, dass die Stadt mehr Steuergelder zur Verfügung stellen muss. Wir wollen keine automatische Ausweitung staatlicher Leistungen und keine höheren Subventionen ohne klare Notwendigkeit. Die SVP steht für Eigenverantwortung und einen haushälterischen Umgang mit Steuergeldern. Darum lehnen wir den Änderungsantrag ab.*

Ariane Buchli (FDP): *Es scheint alle wunderzunehmen, weshalb wir den Antrag zurückgezogen haben. Wir haben den Antrag intern geprüft, und dabei ist herausgekommen, dass er keinen Sinn macht. Wir haben auch den Mut dazu, zu unseren Fehlern zu stehen und sie zu korrigieren – im Gegensatz zu anderen Parteien, die mit dem Kopf durch die Wand gehen. Zusätzlich haben wir auch schon viel in der Sozialpolitik gestaltet, aber eher mit Taten als mit Worten.*

Moritz Bögli (AL): *Ich möchte doch noch kurz ein paar Worte verlieren zum Vorwurf, dass man kein Vertrauen in den Stadtrat, die Verwaltung und die Kontraktnehmer habe. Wenn man diese Aussage macht, dann könnten wir uns die Debatten eigentlich grundsätzlich sparen. Wieso beraten wir dann überhaupt noch Beitragsweisungen? Der Punkt ist doch, dass der Gemeinderat zu einem anderen Schluss kommt als der Stadtrat. Entweder erkennt man das an und behandelt die Beitragsweisungen entsprechend – manchmal wird gekürzt, manchmal wird darüber hinausgegangen, manchmal folgt man dem Stadtrat. Aber einfach zu sagen, man müsse dem, was die Verwaltung sagt, blind vertrauen – da erhoffe ich mir schon etwas mehr kritische Auseinandersetzung mit den Weisungen, die vom Stadtrat kommen.*

Michele Romagnolo (SVP): *Zum Glück ist die FDP zur Besinnung gekommen und hat den gestellten Antrag zurückgezogen.*

Karin Stepinski (Die Mitte): *Wir prüfen die Weisungen des Stadtrats immer sehr sorgfältig und setzen uns eingehend mit ihnen auseinander. Diese Unterstellung weise ich*

zurück. Aber Fakt ist auch, dass der Kontraktnehmer offenbar nicht nach mehr Geld gefragt hat, und das ist für mich das grosse Thema. Er könnte ja fragen, wenn er eine Beitragserhöhung wünscht. Und wenn der Kontraktnehmer das nicht tut, wird er dafür einen Grund haben. Dann sehe ich nicht ein, weshalb mehr Geld gesprochen werden sollte. Das finden wir gegenüber den Steuerzahlenden, denen gegenüber wir diese Ausgaben verantworten müssen, schlicht nicht in Ordnung.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sozialdepartements Stellung.

STR Céline Widmer: *Mit dieser Vorlage beantragt Ihnen der Stadtrat, die Sozialberatung des Vereins Jugendwohnnetz auch in den Jahren 2027 bis 2030 zu unterstützen. Das Jugendwohnnetz ist der grösste Anbieter von günstigem Wohnraum für Jugendliche und junge Erwachsene in Ausbildung und mit tiefem Einkommen in der Stadt Zürich. Die Juwo erschliesst Wohnraum für junge Menschen mit wenig Chancen auf dem Wohnungsmarkt und erfüllt damit eine sehr wichtige sozialpolitische und integrative Aufgabe. Der Verein bietet seinen Mieterinnen und Mietern auch eine Sozialberatung an, und diese soll auch weiterhin mit städtischen Beiträgen mitfinanziert werden. Der Bedarf ist klar vorhanden. Mit ihrem Antrag möchte die Kommissionsmehrheit erreichen, dass mehr Beratungsstunden mit städtischen Beiträgen finanziert werden können. Wie Sie bereits in der Kommissionsberatung gehört haben, hatte man ursprünglich in den Verhandlungen mit dem Jugendwohnnetz eine Erhöhung erst auf die nächste Beitragsperiode angedacht. Wie bereits gehört, handelt es sich um einen leistungsabhängigen Beitrag, und die Erhöhung dieser Beratungsstunden steht im Zusammenhang mit den bestehenden Wohnplätzen. Darum kann das nicht losgelöst von der Entwicklung des Wohnungsangebots betrachtet werden.*

Änderungsantrag zu den Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK SD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffern 1–2:

1. Für das Angebot Sozialberatung wird dem Verein Jugendwohnnetz Juwo für die Jahre 2027–2030 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich ~~Fr. 225 900.–~~ Fr. 309 500.– bewilligt.
2. Der Beitrag von ~~Fr. 225 900.–~~Fr. 309 500.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Referat: Moritz Bögli (AL); Ruedi Schneider (SP), Präsidium; Fanny de Weck (SP), Nina Eggenschwiler (SP) i. V. von Hannah Locher (SP), Mariem Fiadjigbe Kekić (SP), Rahel Hofstetter (GLP), Daria Perez Sanchez-Di Concilio (SP)
Minderheit:	Referat: Ariane Buchli (FDP); Karin Stepinski (Die Mitte), Vizepräsidium; Patrik Brunner (FDP), Michele Romagnolo (SVP), Marita Verbali (FDP)
Abwesend:	Julia Hofstetter (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Referat: Moritz Bögli (AL); Ruedi Schneider (SP), Präsidium; Fanny de Weck (SP), Nina Eggenschwiler (SP) i. V. von Hannah Locher (SP), Mariem Fiadjigbe Kekić (SP), Rahel Hofstetter (GLP), Daria Perez Sanchez-Di Concilio (SP)
Minderheit	Referat: Ariane Buchli (FDP); Patrik Brunner (FDP), Marita Verbali (FDP)
Enthaltung:	Karin Stepinski (Die Mitte), Vizepräsidium; Michele Romagnolo (SVP)
Abwesend:	Julia Hofstetter (Grüne)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs.1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 37 Stimmen (bei 7 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

1. Für das Angebot Sozialberatung wird dem Verein Jugendwohnnetz Juwo für die Jahre 2027–2030 ein wiederkehrender Beitrag von jährlich Fr. 309 500.– bewilligt.
2. Der Beitrag von Fr. 309 500.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 23. September 2026 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 23. November 2026)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat